

## **Koalitionsvertrags: Gemischte Gefühle beim OV Gleichen**

*Gleichen, 18.12.2021.* Bundesvorstand und Parteirat hatten beschlossen uns Mitglieder per Urabstimmung über den Koalitionsvertrag abstimmen zu lassen und hofften auf eine klare Zustimmung. Die Mitglieder im OV Gleichen haben sich damit ziemlich schwergetan. Unsicherheit bis Unzufriedenheit mit dem Ergebnis prägen die Stimmung.

Während ein Teil ein bisschen mehr Hoffnung hat, dass es in der konkreten Ausgestaltung dann doch noch mehr Spielraum für grüne Positionen geben kann, sieht es ein Teil deutlich düsterer und kann nicht erkennen, wie auf Basis dieses Vertrags und den darin formulierten Aufgaben für die Politik z.B. die Klimaziele zu erreichen sein sollen – wie von Robert Habeck rel. vollmundig, aber gleichzeitig auch sehr schwammig behauptet ("Wir befinden uns voll auf dem 1,5-Grad-Pfad"). Ev. kann die Entscheidung, den Ausbau der regenerativen Energien zum öffentlichen Interesse zu erklären, wesentliche Impulse setzen. Warum die Grünen aber, als ein Beispiel, ohne Not schon vor den Verhandlungen das Thema "Tempolimit" ausgemustert hatten, bleibt vollkommen unverständlich.

### **Einige grundsätzliche Statements zur Mitgliederbefragung (Stimmungsbild):**

*Gar nicht abgestimmt und so der Partei teilweise Missachtung zum Ausdruck gebracht.*

*Gegen den Koalitionsvertrag gestimmt und schaue nach vorne.*

*Schweren Herzens zugestimmt, auch weil nicht kommuniziert wurde, wie es im Falle einer Ablehnung weiter ginge. Wir brauchen ja schnellstmöglich eine handlungsfähige Regierung.*

*Klar abgelehnt.*

*Aufruf zur Zustimmung und ich wünsch unserer neuen Regierung alle Kraft und allen Mut, das Ruder endlich herumzureißen.*

### **Beiträge von unseren Mitgliedern und Sympathisant\*innen**

Es wurden viele fromme Wünsche und Zielmarken formuliert, die insgesamt nicht durchfinanziert sind. Zudem sitzt die FDP am Geldhahn ... Weiter in der Opposition zu bleiben, ist aber auch keine Option zum Handeln – klar ist Opposition bequemer und einfacher. Aber wir können ja nicht warten, bis Rot-Grün mit der Linke mal eine Mehrheit im Lande schafft. Dass ist leider Ende der 199ziger & 2000er Jahre völlig schiefgelaufen.

Die Wahl hat gezeigt, dass etwa 2/3 der Gesellschaft nicht wirklich zu Veränderung in Sachen Klimaschutz, materielle Wohlstandsreduzierung, Verkehrswende, zunehmend ungleiche Vermögensverhältnisse in der Gesellschaft usw. bereit sind und gerne noch ein Jahrzehnt oder länger auf Kosten der nächsten Generationen so weitermachen möchte; und dies insbesondere auch auf Kosten der 'Armen Länder' dieses Globus, die oft unsere Arbeitssklaven für unseren Wohlstand bilden. Dies zeigen die dann doch mageren 15% Stimmenanteil der Grünen am Wahlabend offensichtlich an. Die Grünen werden in der Regierung ziemlich sicher eine neue Klimapartei neben sich in Kauf nehmen müssen, die die Forderungen der jungen Generation weiter massiv formulieren und strikte Maßnahmen einfordern wird. So sind die Grünen auch mal gestartet. Und der Parteienlandschaft täte das sicher keinen Abbruch.

In der Kommunikation könnten die Bundesgrünen ruhig ehrlicher sein und zugeben, dass das 1,5-Grad-Ziel so natürlich nicht zu halten ist, es aber dennoch 2 Grad minus x zu erreichen gilt, was mit 15% keine einfache Aufgabe ist.

Was die Ministerien betrifft, sind etliche von uns der Meinung, dass die „falschen“ eingefordert wurden. Das Verkehrsministerium und Tempolimit 130 kmh wären Pflicht gewesen. Keine Ergebnisse oder zumindest fehlende klare grüne Botschaften zum Rentensystem, welches für die Jüngeren unzumutbar ist. Aber in Deutschland werden die „Alten“ in der Gesellschaft noch auf lange Zeit die Mehrheit der WählerInnen am Wahltag bilden, und deshalb ist Besitzstandswahrung dann doch an Nr. 1 gesetzt und der Scholzomat nach Merkel Ausdruck dessen, welche Priorität wir seit Jahrzehnten setzen. Auf das Außenministerium und Landwirtschaft hätte man locker verzichten sollen, da hier die Musik weitestgehend in Brüssel/der EU gespielt wird, und das ist ein sehr, sehr träger Tanker ...

Warten wir mal ab, ob Cem Özdemir inhaltlich was reißen kann. Er war immerhin im Europaparlament in Brüssel, und er hat 10 Jahre als Parteichef der Grünen die politische Diskussion in Deutschland mit angeführt. Das Cem bislang nicht als Sprecher der Landwirtschaft aufgefallen ist, macht da auch nix. Alle seine VorgängerInnen seit Renate Künast waren keine Expertinnen des Ackerbaus und der Tierhaltung, sondern saßen zuletzt nur da, um ein frohes Gesicht zu machen, glänzten durch Nichtstun und Warteschleifenpolitik im Auftrag der Bauern- und Industrielobby. Cem wird sich an einem realen, zügigen Neustart für eine Umsetzung zukunftsweisender Agrarpolitik beweisen müssen.

Was bleibt also Positives? Viele junge Abgeordnete sind neu im Bundestag, das ist eine große Chance. Insbesondere haben die Grünen, aber auch die FDP den größten Wähleranteil bei den unter 25-Jährigen bei der Wahl erreicht und stehen bei den Jüngeren in der Pflicht, etwas für sie zu tun. Zumindest liegt hier eine Gemeinsamkeit im Regieren, und es bleibt spannend, was FDP und Grüne wohl miteinander daraus machen. Hoffentlich neue Strategien und Maßnahmen entwickeln, um der vorgenannten Misere des „Nichtantastens, alles im Kern so lassen“ etwas wirklich Zukunftsweisendes entgegenzusetzen.

---

Der Koalitionsvertrag ist kein Ruhekitzchen, sondern eine Herausforderung. Es liegt an uns allen, das Beste daraus zu machen. In dem Artikel "Weniger Bürokratie bringt mehr Klimaschutz" (Göttinger Tageblatt) über die Klimaschutzziele zeigt noch einmal deutlich, wie wenig die Dramatik des Klimawandels angekommen ist. Es ist eben nicht zielführend, wenn man das eine tut und das andere lässt. Jede eingesparte Kilowattstunde zählt. Es ist super, wenn die Chemieindustrie große CO<sub>2</sub>-Emittenten umrüstet und an dieser Stelle einen Beitrag leistet. Das ändert aber nichts daran, dass wir auch ein Tempolimit brauchen und unsere komplette Wirtschaft umbauen müssen. Beim Personal-Tableau vermisste ich die Taskforce „Bürokratieabbau“. Da hat uns die GroKo eine riesige Aufgabe hinterlassen, und das große Ausmisten hat höchste Priorität. Und dann wären da noch die vielen anderen Herausforderungen wie soziale Gerechtigkeit, Artenschutz, Klimafolgenanpassung, Chancengleichheit, Rassismus, Friedenspolitik.....(ohne Rangfolge)

Wir haben viel zu tun und eigentlich viel zu wenig Zeit.

---

Für wohlwollende Zustimmung fehlte es an Transparenz: Warum gab es kein Tempolimit, wie kam es zur Aufteilung der Ministerien? So wichtig das Verkehrsministerium und so symbolträchtig das Tempolimit auch sein mag - wurden andere Ressorts (z. B. das sogenannte "Superministerium") klimapolitisch als noch relevanter angesehen? Mit welchen Prioritäten ging man überhaupt in die Verhandlung, wenn davon auszugehen war, dass nicht alle Forderungen erfüllt werden können? Viele Fragen, die uns Jürgen Trittin am besten persönlich beantworten sollte.

---

Ablehnen, weil:

1. Das 1,5°-Ziel ist mit diesem Vertrag nicht zu erreichen, auch wenn Robert Habeck wider besseres Wissen behauptet, wir seien auf dem 1.5°-Pfad.
2. Wenn wir diesem Vertrag zustimmen, machen wir uns bei allen ernsthaften Klimaschützern unglaubwürdig und werden die nächsten Wahlen verlieren.
3. SPD (beim CO<sub>2</sub>-Preis, dem Wischi-Waschi-Kohleausstieg sowie Gas-Ausbau) und FDP (Finanzen und Verkehr) haben sich durchgesetzt, sie werden viele grüne Pläne aushebeln.
4. Der Bereich Klima und Wirtschaft enthält zwar viel Gutes, wieviel Robert davon durchsetzen kann, ist offen (siehe 3.)
5. Das gilt auch für die anderen Politikfelder, die sind aber eher nachgeordnet.
6. Annalena und Cem sind für die vorgesehen Ministerien Fehlbesetzungen.
7. Eine Zustimmung zum Koalitionsvertrag wäre nur möglich, wenn wir zugestehen würden, dass wir den 1,5°-Pfad verlassen haben, weil wir nicht mehr rausholen konnten.  
Verlogenen Klimapolitik hatten wir schon lange genug. (Lieber schlecht regieren als noch schlechter regiert zu werden.)

Leider steht zu befürchten, dass die grüne Parteispitze vermeintliche und tatsächliche Erfolge herausstellen wird, Kritik ignoriert und sich für die Regierungsarbeit loben wird, am Ende der Legislaturperiode auf dem 2,3°-Pfad.

---

Die Grünen haben nicht 25 %, sondern 15 % bei der Bundestagswahl errungen, und Jungwähler gaben ihre Stimme genauso oft der FDP wie den Grünen. Robert Habeck hat mit Recht darauf hingewiesen, dass es als Regierungspartei nicht allein genügt, die Ziele des Pariser Klimaabkommens immer wieder zu nennen. Worauf es jetzt ankommt, dass konkrete Maßnahmen planvoll und zügig umgesetzt und auf ihre Erfüllung hin kontrolliert werden. Das fehlende Tempolimit ist ärgerlich, die Aufgabe der drastischen Reduzierung von CO<sub>2</sub> in diesem Jahrzehnt in Wirtschaft, Landwirtschaft, Verkehr und dem privaten Bereich ist ungleich höher. Es besteht die Gefahr, dass die Grünen in vier Jahren wieder als Gescheiterte aus dem Bundestag fliegen, da die gesteckten Ziele voraussichtlich weit darüber hinausgehen, was angesichts der Schwere der Aufgabe überhaupt erreichbar ist. Nebenbei gesagt ist die Temperatur in Deutschland bereits auf 1,6 Grad gestiegen.

---

Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen hat mich ziemlich enttäuscht. Auffälligster Punkt ist klar der Verzicht auf das Verkehrsministerium und damit auch der Verzicht, über ein Tempolimit ein deutliches Zeichen zu setzen. Ich habe daher gegen den Koalitionsvertrag gestimmt.

---

Ein Tag vor der Abstimmung bin ich eher unsicher, ob ich zustimmen soll oder ablehnen. Das Tempolimit kann ja vielleicht noch angegangen werden. Zu Atommüll-Lagern stand wenig drin, soll aber nach Meinung der BI Würzgassen in seiner Formulierung Hoffnung geben.

---

Grundsätzlich ist es eine hohe, wenn nicht gar zu hohe Hypothek für JEDE Regierung, jetzt de facto die ganze Welt retten zu müssen. Das kann und wird nicht passieren.

Weniger Pathos und mehr klare Worte wären gut, schlichte Ehrlichkeit noch besser. Ich traue dies den Akteuren der "Ampel" zu, auch und gerade, weil es zu einem Gutteil andere sind als lange Jahre zuvor. Daher habe ich bei der Abstimmung zum KV mit "Ja" gestimmt, in der Hoffnung, dass bei allen anstehenden Entscheidungen global gedacht und lokal gehandelt wird.

---

Auch aufgrund der abnehmenden Intaktheit der Biosphäre durch den Rückgang der biologischen Vielfalt hat sich die Menschheit weit vom sicheren Handlungsraum entfernt und setzt sich einem hohen Risiko negativer ökologischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Folgen aus – hier bedarf es einer zügigen, mutigen und weitreichenden ökologischen Reformierung insbesondere der Land- und Forstwirtschaftspolitik auf nationaler und europäischer Ebene. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei der weitgehende Verzicht auf Pestizide (Herbizide, Insektizide, Fungizide...). Dies muss nicht nur in der landwirtschaftlich genutzten Kulturlandschaft, sondern auch in der Forstwirtschaft umgesetzt werden. Auch bei der Erarbeitung einer Tiergesundheitsstrategie muss die Senkung von ins Freiland gelangenden Insektiziden/Akariziden etc. erfolgen.